

Erkenntnisse aus dem Dialogforum „Raus aus der Wachstumsgesellschaft?“:

Offene Fragen und das Bekenntnis zum Prinzip der „fairen Bepreisung von Umweltgebrauch“

Das Zentrum für Globale Fragen (ZGF) hat die Erstellung des Sachverständigengutachtens „Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozioethische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien“ der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz von Anfang an mitbegleitet und am 20.4.2018 mit über 150 hochkarätigen Gästen im Rahmen eines Dialogforums intensiv diskutiert. Für das ZGF, das sich zum Ziel gesetzt hat, durch die Verbindung philosophischer Reflexion und empirischer Analyse dabei zu helfen, komplexe globale Herausforderungen besser zu verstehen und einen Beitrag zu einer sozial und ökologisch gerechteren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leisten, ergeben sich aus der Diskussion mehrere grundsätzliche Fragen und Erkenntnisse.

So wurde offenbar, dass einige eng miteinander verwobenen Grundsatzfragen noch stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden sollten, damit die Diskussion nicht quasi im „luftleeren Raum“ abläuft. Diese **grundsätzlichen Fragen**, denen sich auch das ZGF verpflichtet fühlt, lauten:

- Wo finden die entscheidenden Debatten zur Meinungsbildung und Beschlussfassung aktuell überhaupt statt? Werden wissenschaftliche Erkenntnisse und die Stimmen der besonders Betroffenen in diesem Prozess angemessen berücksichtigt?
- Sind unsere über die Jahrzehnte gewachsenen staatlichen und gesellschaftlichen Diskussions- und Teilhabestrukturen überhaupt geeignet, die Herausforderungen von Klimawandel und ungleicher Ressourcenverteilung in der gebotenen Schnelle, Transparenz und Gerechtigkeit anzugehen? Und eng damit verbunden: Wenn es grundsätzliche Änderungen in der Mitbestimmungsstruktur auf nationaler und internationaler Ebene geben sollte, wie können diese möglichst gerecht, demokratisch und zielführend implementiert werden?
- Zum Leitmotiv des suffizienten Lebensstils: Welche Bildung fördert einen entsprechenden Kultur- und Wertewandel und welche weiteren Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit die BürgerInnen einen solchen Lebensstil pflegen können und wollen?

Zudem zeigte sich, dass das **Prinzip der fairen Bepreisung von Umweltgebrauch** als wichtiger wirtschaftspolitischer Grundsatz immer wieder neu in die entscheidenden Debatten eingebracht werden muss. Die faire Bepreisung von CO₂-Emissionen wäre dabei ein erster grundlegender Schritt, der den Boden für weitere sinnvolle Reformen bereiten könnte. Der Grundsatz der fairen Bepreisung ist dabei:

- Sektorenübergreifend: der Umweltgebrauch hätte einheitliche Preise. Unvermeidliche Subventionierungen einzelner Sparten sollten offen und direkt, aber nicht durch Preisverzerrungen erfolgen.
- Verursachergerecht: die Kosten würden vom Verursacher getragen und nicht auf unbeteiligte Dritte abgewälzt. Dazu gehört auch der Grundsatz der Schadensgerechtigkeit: die genaue Höhe des Schadens ist meist kaum zu beziffern, aber Mindestpreise, die öffentlich reguliert

werden und auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen, müssten die schädliche Kostenabwälzung durch Preisdumping (wie aktuell beim Zertifikatehandel) einschränken.

- Verteilungsgerecht: für die Akzeptanz einer derartigen Umweltgebrauchsabgabe ist es notwendig, dass die Einnahmen (anders als bei den meisten Steuern) nur für Zwecke verwendet werden, die sich unmittelbar aus dem Ziel der Bepreisung ableiten. Ziel ist hier der *faire* Preis von *Umweltgebrauch*, nicht die Generierung staatlicher Einnahmen. So sollten die Einnahmen entweder für die Bewältigung von Klimaschäden und geeignete Schutzprojekte oder die Förderung umweltfreundlicher Projekte, Technologien und Investitionen verwendet werden, oder als direkte Prämie an die Bürger zurückfließen.
- Solidarisch: günstige Energiepreise (für Heizung, Mobilität und Haushalt) trugen in der Vergangenheit ähnlich wie der verbilligte Mehrwertsteuersatz für Nahrungsmittel deutlich zum sozialen Ausgleich bei. Faire Preise für Umweltgebrauch sind notwendig und zielführend, genauso notwendig ist aber ein sozialer Ausgleich der überproportionalen Mehrbelastung ärmerer Haushalte durch geeignete Maßnahmen an anderer Stelle.

Es erscheint nach intensiver öffentlicher Diskussion und grundlegender wissenschaftlicher Recherche als hinreichend belegt, dass eine solche faire Bepreisung von Umweltgebrauch auf verschiedene Weise (bsp. als Zertifikatehandel oder als CO₂-Abgabe) erfolgreich umgesetzt werden kann und bei kluger Steuerung bereits die Initiative einiger Staaten als „Koalition der Willigen“ eine deutliche Sogwirkung entfalten könnte und einen effektiven Schutz gegen Trittbrettfahrer erlauben würde. Laut wissenschaftlichen Studien hängt die öffentliche Akzeptanz einer solchen Umweltgebrauchsabgabe eng mit dem grundsätzlichen Vertrauen zwischen Bevölkerung und politischer Führung eines Landes zusammen – die Einführung einer fairen Bepreisung von Umweltgebrauch ist damit auch Gradmesser für die Fähigkeit eines jeden Mandatsträgers, komplexe Inhalte transparent darzustellen und jenseits ideologischer Grabenkämpfe zu der Zukunftssicherung unseres Landes beizutragen.

Diese Grundsätze der fairen Bepreisung von Umweltgebrauch können nicht nur auf die dringend gebotene Bepreisung von CO₂-Emissionen angewandt werden, sondern auch auf weitere notwendige Modernisierungen, die im Lauf des Dialogforums klar zu Tage traten: u.a. die Neugestaltung der Bewertungsrichtlinien von Infrastrukturprojekten, Richtlinien für nachhaltige Finanzinvestments, Neubewertung des Bodengebrauchs und –verbrauchs (insbesondere bei der Reform der Grundsteuer hin zu einer reinen Bodensteuer und der Agrarpolitik, die nicht in erster Linie Flächen- oder Ertragssubventionierung betreiben, sondern verstärkt die Bereitstellung von Gemeinwohl-Gütern honorieren sollte).

Das Zentrum für Globale Fragen wird sich in der kommenden Zeit dieser Grundsatzfragen annehmen und die Forderung nach einer fairen Bepreisung von Umweltgebrauch in die öffentliche Diskussion miteinbringen. Dafür freuen wir uns auf intensive, gerne auch kontroverse Diskussionen – konstruktive Kritik ist erwünscht, einen Stillstand oder „Weiter-So“ können sich weder unsere Gesellschaft noch unser Planet leisten.